

# Bundesgesetzblatt <sup>1201</sup>

Teil I

Z 5702 A

1991

Ausgegeben zu Bonn am 11. Juni 1991

Nr. 34

Tag	Inhalt	Seite
28. 5. 91	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfevereine ..... 610-10-4	1202
28. 5. 91	Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland (Auslandszuständigkeitsverordnung – AusZustV) ..... neu: 833-5; 833-3	1204
29. 5. 91	Zweite Verordnung zur Anpassung des Weingesetzes an Änderungen des Gemeinschaftsrechts ..... 2125-5	1206
29. 5. 91	Zehnte Verordnung über die Anpassung der Zusatzrenten aus der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung (Zehnte Zusatzrentenanpassungs-Verordnung Saar – 10. ZAV) ..... neu: 822-13-1-10	1213
3. 6. 91	Fünfte Verordnung zur Änderung der Rind- und Schaffleisch-Erzeugerprämienverordnung ..... 7847-11-4-56	1214
10. 5. 91	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Abs. 2 Satz 2, 5, Abs. 3 des Einigungsvertrages in Verbindung mit Artikel 1 des Einigungsvertragsgesetzes) ..... 1104-5, 105 3	1215
27. 5. 91	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 2 Abs. 1, 2, § 28 Abs. 1, 3, 4 des rheinland-pfälzischen Krankenhausreformgesetzes und § 21 a des rheinland-pfälzischen Finanzausgleichsgesetzes) ..... 1104-5	1215
23. 5. 91	Berichtigung der Ausländerdatenübermittlungsverordnung ..... 26-1-10	1216

**Erste Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfvereine**

**Vom 28. Mai 1991**

Auf Grund des § 31 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735), der durch Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 13. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2756) geändert worden ist, verordnet der Bundesminister der Finanzen:

**Artikel 1**

**Änderung der Verordnung  
zur Durchführung der Vorschriften  
über die Lohnsteuerhilfvereine**

Die Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfvereine vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1906) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden nach den Worten „seinen Sitz“ die Worte „und seine Geschäftsleitung“ eingefügt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 2 werden nach den Worten „den Namen“ die Worte „und den Anschriften“ eingefügt.
  - b) Nummer 4 wird wie folgt gefaßt:
 

„4. ein Verzeichnis der Beratungsstellen, deren Eröffnung im Bezirk der für die Anerkennung zuständigen Oberfinanzdirektion (§ 1) beabsichtigt ist, sowie die nach den §§ 4 a und 4 b erforderlichen Mitteilungen nebst Erklärungen und Nachweisen.“
  - c) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:
 

„5. eine Abschrift der nicht in der Satzung enthaltenen Regelungen über die Erhebung von Beiträgen.“
3. In § 3 werden die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen und Absatz 2 aufgehoben.
4. § 4 wird wie folgt gefaßt:

„§ 4

Ablehnung der Anerkennung

Über eine Ablehnung des Antrags auf Anerkennung als Lohnsteuerhilfverein ist ein schriftlicher Bescheid zu erteilen.“

5. Nach § 4 wird folgender neuer Teil eingefügt:

„Zweiter Teil

Beratungsstellen, Beratungsstellenleiter

§ 4 a

Eröffnung einer Beratungsstelle

Die Mitteilung über die Eröffnung einer Beratungsstelle (§ 23 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes) muß folgende Angaben enthalten:

1. Anschrift der Beratungsstelle,
2. ob und gegebenenfalls welche räumlichen, personellen und organisatorischen Verflechtungen mit anderen wirtschaftlichen Unternehmen bestehen.

§ 4 b

Bestellung eines Beratungsstellenleiters

(1) Die Mitteilung über die Bestellung des Leiters einer Beratungsstelle (§ 23 Abs. 4 Nr. 2 des Gesetzes) muß die Anschrift der übernommenen Beratungsstelle sowie folgende Angaben über den Beratungsstellenleiter enthalten:

1. Name, Anschrift und Beruf,
2. ob und gegebenenfalls bei welchem Lohnsteuerhilfverein er bereits früher Hilfe in Lohnsteuer-sachen geleistet hat,
3. ob und gegebenenfalls welche andere Beratungsstelle eines Lohnsteuerhilfvereins er weiterhin leitet.

(2) Der Mitteilung nach Absatz 1 sind beizufügen:

1. Bescheinigungen über die bisherige berufliche Tätigkeit, insbesondere mit Angaben über Art und Umfang der Tätigkeit, als Nachweis darüber, daß die Voraussetzungen des § 23 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes erfüllt sind,
2. eine Erklärung des Beratungsstellenleiters,
  - a) daß er sich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet,
  - b) ob er innerhalb der letzten zwölf Monate strafgerichtlich verurteilt worden ist und ob gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren anhängig ist; entsprechendes gilt für berufsgerichtliche Verfahren sowie für Bußgeldverfahren nach der Abgabensordnung und dem Steuerberatungsgesetz,
  - c) daß er bei der Meldebehörde die Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei der zuständigen Behörde beantragt hat.“

6. Der bisherige Zweite Teil wird Dritter Teil; der bisherige Dritte Teil wird Vierter Teil.

7. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 Satz 1 werden nach den Worten „ihren Sitz“ die Worte „und ihre Geschäftsleitung“ eingefügt.
- b) In Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 Buchstabe a werden nach den Worten „die Anschrift“ die Worte „der Geschäftsleitung“ eingefügt.
- c) Nummer 2 Buchstabe d wird gestrichen.

d) Am Ende der Nummer 2 werden die Worte „Buchstaben a bis d“ durch die Worte „Buchstaben a bis c“ ersetzt.

oder Löschung notwendig macht, mitzuteilen. Mitteilungen nach § 23 Abs. 4 des Gesetzes gelten gleichzeitig als Mitteilungen im Sinne dieser Vorschrift.“

8. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Ablehnung der Eintragung

Wird die Eintragung einer Beratungsstelle oder eines Beratungsstellenleiters in das Verzeichnis der Lohnsteuerhilfvereine abgelehnt, gilt § 4 entsprechend.“

9. In § 6 Nr. 1 Buchstabe b werden nach den Worten „der Sitz“ die Worte „und die Geschäftsleitung“ eingefügt.

10. § 7 wird wie folgt gefaßt:

„§ 7

Meldepflichten

Die Vertretungsberechtigten des Vereins haben der das Verzeichnis führenden Oberfinanzdirektion die für die Eintragung oder Löschung nach § 5 Nr. 1 Buchstaben a und c, Nr. 2, § 6 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 erforderlichen Angaben innerhalb von zwei Wochen nach Eintritt des Ereignisses, das eine Eintragung

11. § 8 wird wie folgt gefaßt:

„§ 8

Mitteilung über Eintragung und Löschung

(1) Die das Verzeichnis führende Behörde hat dem Verein Eintragungen, die für das Tätigwerden einer Beratungsstelle Voraussetzung sind (§ 23 Abs. 6 des Gesetzes), mitzuteilen. Hat der Verein seinen Sitz und seine Geschäftsleitung im Bezirk einer anderen Oberfinanzdirektion, so sind auch dieser Mitteilungen zu übersenden.

(2) Wird der Verein im Verzeichnis gelöscht, so ist dies allen Oberfinanzdirektionen, in deren Verzeichnissen Beratungsstellen des Vereins eingetragen sind, sowie dem zuständigen Registergericht mitzuteilen.“

## Artikel 2

### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 28. Mai 1991

Der Bundesminister der Finanzen  
Theo Waigel

---

**Verordnung  
über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung  
für Berechtigte im Ausland  
(Auslandszuständigkeitsverordnung – AuslZustV)**

**Vom 28. Mai 1991**

Auf Grund des § 3 Abs. 5 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1976 (BGBl. I S. 1169) verordnet der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:

**§ 1**

(1) Die Versorgung der Opfer des Krieges, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, wird durchgeführt für Personen

- a) in Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden vom Versorgungsamt Schleswig,
- b) in Belgien und in den Niederlanden vom Versorgungsamt Aachen,
- c) in Luxemburg vom Versorgungsamt Trier,
- d) in Andorra, Frankreich und Monaco vom Versorgungsamt Saarland,
- e) in Portugal und Spanien vom Versorgungsamt Karlsruhe,
- f) in Liechtenstein und in der Schweiz vom Versorgungsamt Freiburg – Außenstelle Radolfzell –,
- g) in Griechenland, Italien, Österreich, San Marino und im Vatikan vom Versorgungsamt München I,
- h) in Albanien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom Versorgungsamt Fulda,
- i) in Rumänien vom Versorgungsamt Gelsenkirchen,
- k) in Ungarn vom Versorgungsamt Münster,
- l) in dem Teil Polens, der nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 zum Staatsgebiet des Deutschen Reiches gehört hat,  
wenn es sich um Beschädigte handelt, vom Versorgungsamt Münster,  
wenn es sich um Witwen, Witwer oder Waisen handelt, vom Versorgungsamt Gelsenkirchen,  
wenn es sich um Eltern handelt, vom Versorgungsamt Hamburg,
- m) in Kanada, den USA, Lateinamerika und der Karibik vom Versorgungsamt Bremen,
- n) in Großbritannien, Irland, Malta, der Türkei und dem übrigen außereuropäischen Ausland vom Versorgungsamt Hamburg,
- o) im übrigen europäischen Ausland vom Versorgungsamt Ravensburg.

(2) Für die Durchführung des Vertrages vom 29. Mai 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Kriegsopferversorgung (Gesetz vom 31. März 1965 – BGBl. 1965 II S. 273) ist das Versorgungsamt Karlsruhe auch dann zuständig, wenn der Antragsteller oder Versorgungsberechtigte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Spanien hat.

**§ 2**

Für die Versorgung mit Hilfsmitteln und die Erbringung von Ersatzleistungen sind die orthopädischen Versorgungsstellen zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich sich die in § 1 genannten Versorgungsämter befinden, für Versorgungsberechtigte im Zuständigkeitsbereich des Versorgungsamtes Ravensburg jedoch die Orthopädische Versorgungsstelle beim Versorgungsamt Stuttgart.

**§ 3**

Für Versorgungsberechtigte, die im Ausland keinen gewöhnlichen Aufenthalt oder einen mehrfachen Wohnsitz in verschiedenen Staaten haben, bleibt das Versorgungsamt zuständig, das zuerst Versorgung nach den §§ 64 bis 64 f des Bundesversorgungsgesetzes erbracht hat. Ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen, bleibt von den in § 1 aufgeführten Versorgungsämtern das Versorgungsamt zuständig, bei dem der Antrag auf Versorgung eingegangen ist.

**§ 4**

(1) Haben die Hinterbliebenen oder einzelne von ihnen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so findet für die Entscheidung über den ursächlichen Zusammenhang des Todes oder der Verschollenheit mit schädigenden Einwirkungen im Sinne des § 1 des Bundesversorgungsgesetzes § 3 Abs. 2 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung entsprechende Anwendung.

(2) Befindet sich eine versorgungsberechtigte Waise, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland bei ihrer Mutter oder ihrem Vater hat, vorübergehend zur Schul- oder Berufsausbildung im Inland, so ist während dieser Zeit das Versorgungsamt zuständig, in dessen Bezirk sich die Waise aufhält.

**§ 5**

Hat eine Hinterbliebene ihren Wohnsitz zum Zwecke der Eheschließung im Ausland begründet, so wird für die Gewährung der Abfindung nach § 44 des Bundesversor-

gungsgesetzes eine Zuständigkeit nach § 1 nur begründet, wenn zugleich der Wohnsitz versorgungsberechtigter Waisen in den gleichen Staat verlegt worden ist.

§ 6

Für Personen, deren Aufenthalt im Ausland nur als vorübergehend anzusehen ist, bleibt das bisherige Versorgungsamt zuständig.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1991 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung für Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes vom 9. Juni 1964 (BGBl. I S. 349), geändert durch die Verordnung vom 22. Dezember 1966 (BGBl. I S. 772), außer Kraft.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 28. Mai 1991

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
Norbert Blüm

---

**Zweite Verordnung**  
**zur Anpassung des Weinggesetzes an Änderungen des Gemeinschaftsrechts**  
**Vom 29. Mai 1991**

Auf Grund des § 71 a Nr. 1, 3 Buchstabe a und Nr. 4 des Weinggesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1982 (BGBl. I S. 1196), der durch Artikel 1 Nr. 44 des Gesetzes vom 11. Juli 1989 (BGBl. I S. 1424) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 71 Abs. 1 des Weinggesetzes sowie den Organisationserlassen vom 23. Januar 1991 (BGBl. I S. 530) und vom 26. April 1991 (BGBl. I S. 1179) verordnet der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit:

**Artikel 1**

Das Weinggesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1982 (BGBl. I S. 1196), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1863), wird wie folgt geändert:

1. In § 16 Abs. 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ und die Angabe „997/81“ durch die Angabe „3201/90“ ersetzt.
2. In § 69 Abs. 2 Nr. 4 werden die Worte „oder nach einer in Anlage 3 Abschnitt I aufgeführten Vorschrift der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ gestrichen.
3. Die Anlagen 1 bis 4 erhalten die sich aus der Anlage zu dieser Verordnung ergebende Fassung.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Mai 1991

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
I. Kiechle

**Anlage**  
(zu Artikel 1 Nr. 3)

**Anlage 1**  
(zu § 67 Abs. 1,  
Fundstellen siehe Anlage 4)

Vorschrift der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	Inhalt der Regelung
<b>Abschnitt I</b> (zu § 67 Abs. 1 Nr. 1)	
Artikel 18 Abs. 1 Unterabs. 2, 3, Artikel 19 Abs. 1 bis 4 Unterabs. 1, Abs. 5, 6 Unterabs. 1, Abs. 7, Artikel 23 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 3 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Erhöhung des vorhandenen oder potentiellen Alkoholgehaltes
Artikel 8 Abs. 2 Unterabs. 2, 4 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	
Artikel 21 Abs. 1, 3, Artikel 23 Abs. 1 Unterabs. 2 bis 4 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Konzentrierung, Säuerung und Entsäuerung
Artikel 10 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	
Artikel 22 Abs. 1, 2 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Süßung
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1618/70	
Artikel 35 Abs. 1 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Auspressen von Weintrauben und -trub, Vergären von Traubentrester
Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1698/70	Lagerung von Trauben und Traubenmost
Artikel 25 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Zusatz von Alkohol
Artikel 2 Abs. 1 Unterabs. 1, Artikel 3 Abs. 1, 2 der Verordnung (EWG) Nr. 351/79	
Artikel 16 Abs. 6, 7 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87, Artikel 1 Abs. 2, 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3669/90	Verschnitt
Artikel 65 Abs. 1, Artikel 66 Abs. 1, 2 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Gehalt an schwefliger Säure und flüchtiger Säure
Artikel 15 Abs. 1, 4 Satz 1, Artikel 16 Abs. 1, Artikel 17 Abs. 3 Unterabs. 1 Satz 2, Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Önologische Verfahren und Behandlungsstoffe
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3220/90	
Artikel 2 Unterabs. 2, 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1972/78	
Artikel 1 Abs. 1 Satz 1, Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2394/84	
Artikel 67 Abs. 1, Artikel 73 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Abgabe oder Anbieten von Erzeugnissen zum unmittelbaren menschlichen Verbrauch
Artikel 4a Unterabs. 1 Satz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1972/78	
Artikel 6 Abs. 3, Artikel 7 Abs. 4, Artikel 67 Abs. 2 Unterabs. 1, Abs. 3, 5, 6, 7 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Verwendungsbeschränkungen für bestimmte Erzeugnisse
Artikel 69 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Vorbehalt der Herstellung aus zugelassenen oder empfohlenen Rebsorten
Artikel 70 Abs. 1, 3, 4 Satz 1, Abs. 5, 6 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Anforderungen an eingeführte Erzeugnisse, Verwendungsbeschränkungen
Artikel 68 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Schaumweinherstellung
Artikel 4, 6 Abs. 1, 2, Artikel 10, 10a, 13 Abs. 1, Artikel 15 Abs. 1, Artikel 18 Abs. 1 Unterabs. 1, 4 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	
Artikel 1 Unterabs. 1 Satz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1972/78	Lagerung und Transport
Artikel 37 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89	

Vorschrift der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	Inhalt der Regelung
Artikel 12 Abs. 1, Artikel 16 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	Grenzwerte für schweflige Säure bei Schaumwein
Artikel 5 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 Unterabs. 2, 3, Abs. 3, 4 Unterabs. 2, 3 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	Anreicherung, Süßung, Säuerung und Entsäuerung der Schaumwein-Cuvée
Artikel 6 Abs. 1, Artikel 10 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	Herstellung innerhalb eines bestimmten Anbaugesbietes
Artikel 14a Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	
Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1698/70	
Artikel 5 Unterabs. 2 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	Verbot der Bewässerung von Weinbergflächen
Artikel 3, 4 Abs. 1 Unterabs. 1, 2 erster Anstrich, Artikel 5 Unterabs. 1, 2 Buchstabe a erster bis dritter Anstrich, Buchstabe b, c, Artikel 7, 10, 11 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 Unterabs. 1, Artikel 12 Unterabs. 1 Buchstabe a Satz 1, Buchstabe b, c der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	
Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	Grenzwerte für schweflige Säure bei Likörwein
Abschnitt II (zu § 67 Abs. 1 Nr. 2)	
Artikel 40 Abs. 1, 2 Buchstabe a, soweit er sich auf irreführende Angaben bezieht, der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89	Irreführende Bezeichnungen und Aufmachungen
Artikel 13 Abs. 1, 2 Buchstabe a, soweit er sich auf irreführende Angaben bezieht, der Verordnung (EWG) Nr. 3309/85	

**Anlage 2**  
(zu § 68 Abs. 2 Nr. 4 und § 69 Abs. 5 Nr. 3,  
Fundstellen siehe Anlage 4)

Vorschrift der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	Inhalt der Regelung
Artikel 71 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Vorschriften über Begleitpapiere
Artikel 15 Abs. 7 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	
Artikel 8, 17, 22 der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89	
Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2903/79, soweit er sich auf amtliche Dokumente bezieht	
Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 3309/85, soweit er sich auf amtliche Dokumente bezieht	
Artikel 3 Abs. 1, Artikel 4 Abs. 1, Artikel 5 Abs. 1 Unterabs. 2 Satz 1, Abs. 2, 3, 4, Artikel 6 Abs. 1, 2 Unterabs. 2 Satz 1, 2, Abs. 2a, 3, Artikel 7 Abs. 1 Unterabs. 2, Abs. 2 Unterabs. 1, Abs. 4 Unterabs. 1, Abs. 5, 8 Unterabs. 1, Artikel 10 Abs. 1, 2 Satz 1, Abs. 5 Satz 1, Artikel 11 Unterabs. 1, 2 Satz 1, Artikel 12 Unterabs. 1, 2 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 986/89	Buchführung, Geschäftspapiere
Artikel 9 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	
Artikel 71 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	
Artikel 9, 10 Abs. 1, 2, Artikel 18, 19 Abs. 1, 2, Artikel 23, 24 Abs. 1 bis 5, Artikel 33, 35 Abs. 1 bis 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89	
Artikel 4 Abs. 1, soweit er sich auf Geschäftspapiere und Ein- und Ausgangsbücher bezieht, Abs. 2 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2903/79	
Artikel 7 Abs. 2 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	
Artikel 4a Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1972/78, soweit er sich auf amtliche und Handelsunterlagen bezieht	
Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1618/70	
Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 3309/85, soweit er sich auf Geschäftspapiere und Ein- und Ausgangsbücher bezieht	
Artikel 13 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 3, Artikel 14 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 Unterabs. 1, 3, Abs. 3, 4 Unterabs. 2 erster Halbsatz, Artikel 15, 16 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 bis 4, Artikel 17 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2, Artikel 18 Abs. 1 Unterabs. 1, Artikel 21 der Verordnung (EWG) Nr. 986/89	
Artikel 5 Unterabs. 2 Buchstabe a letzter Satz, soweit er sich auf die Buchführung bezieht, Artikel 8 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	Anzeigen
Artikel 2 Abs. 5, Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2240/89	
Artikel 23 Abs. 2 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	
Artikel 2 Abs. 1, 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2240/89	
Artikel 7 Abs. 2 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2152/75	
Artikel 2 Abs. 1, 2 Unterabs. 1, Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1618/70	
Artikel 5 Unterabs. 2 Buchstabe a letzter Satz, soweit er sich auf die Meldepflicht bezieht, Artikel 8 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	

**Anlage 3**

(zu § 69 Abs. 4,  
Fundstellen siehe Anlage 4)

Vorschrift der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	Inhalt der Regelung
Artikel 72 Abs. 1 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Bezeichnungen, Hinweise, sonstige Angaben und Aufmachungen
Artikel 15 Abs. 1, 2, 3 Unterabs. 1, Abs. 4 Unterabs. 1, Abs. 5, 7 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 823/87	
Artikel 4a Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1972/78, soweit er sich auf Etiketten und Verpackung bezieht	
Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2903/79, soweit er sich auf Etikettierung und Verpackung bezieht	
Artikel 1 Abs. 3 Unterabs. 3, Artikel 2 Abs. 1, Artikel 3 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Buchstabe a, b erster Satzteil in Verbindung mit § 12 Abs. 1 der Verordnung über Wein, Likörwein und weinhaltige Getränke (Wein-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1983 (BGBl. I S. 1078), Abs. 5 Unterabs. 1, 2 Buchstabe a Satz 1, Buchstabe b, Artikel 4 Abs. 4 Unterabs. 1, Artikel 5 Abs. 1, Artikel 6 Abs. 1, Artikel 11 Abs. 1, Artikel 12 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 Unterabs. 1, 2 Buchstabe a Satz 1, Buchstabe b Satz 1, Artikel 13 Abs. 3 Unterabs. 1, Artikel 14 Abs. 1, Artikel 15 Abs. 1, Artikel 20 Abs. 1 Buchstabe a bis f, Artikel 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, 4 Unterabs. 1, Artikel 25 Abs. 1, Artikel 26 Abs. 1 Unterabs. 1, Artikel 27 Abs. 1, Artikel 28 Abs. 1, 6 Unterabs. 1, 3 Satz 1, Unterabs. 5, Abs. 7, Artikel 29 Abs. 1, 2, Artikel 30 Abs. 1, Artikel 31 Abs. 1, Artikel 37 Abs. 3 Unterabs. 1, Artikel 38 Abs. 2, Artikel 39 Abs. 2, Artikel 40 Abs. 1, 2, soweit er sich nicht auf irreführende Angaben bezieht, Artikel 43 Abs. 1, Artikel 44 Abs. 1 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89	
Artikel 1 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2, Artikel 2, 3 Abs. 1 Unterabs. 1, 2, 3 Satz 1, Abs. 2, 3 Unterabs. 1 Buchstabe c letzter Satz, Unterabs. 2, 3, Abs. 4, Artikel 4 Abs. 1, Artikel 5 Abs. 1 Unterabs. 1, 3, 4, Abs. 3 Unterabs. 1, Abs. 5 Unterabs. 1, 3, Abs. 6, 7 Unterabs. 1, 2, Artikel 6 Abs. 1, Artikel 9 Abs. 1 Unterabs. 1, 2, 4, Abs. 2 bis 5, Artikel 10, Artikel 11 Abs. 2 Unterabs. 2, Artikel 12 Abs. 4, Artikel 14 Abs. 2, 3, 4, 5 Unterabs. 1, Abs. 6, 7 Unterabs. 1, Artikel 15 Abs. 1 Unterabs. 1, 2, Abs. 5, Artikel 16, Artikel 17 Abs. 1, 2 Unterabs. 2, Artikel 18 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 bis 4, Artikel 20 Abs. 2 Unterabs. 1, Artikel 21 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 Unterabs. 2, Artikel 22, Artikel 25 der Verordnung (EWG) Nr. 3201/90	
Artikel 2 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 358/79	
Artikel 3, 5 Abs. 1 Unterabs. 1, Artikel 6 Abs. 1 Unterabs. 1, 2, Abs. 2 Unterabs. 1, 2, Abs. 3, 4, 5 Unterabs. 1, 2, 4, Abs. 5a Buchstabe a erster und zweiter Anstrich, Buchstabe b erster und zweiter Anstrich, Abs. 6 Unterabs. 1, 2, Abs. 7 bis 10, Artikel 7 Unterabs. 1, 3 Buchstabe a, Artikel 9 Unterabs. 1, Artikel 10 Abs. 1, Artikel 11, 13, soweit er sich nicht auf irreführende Angaben bezieht, Artikel 14 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2, Artikel 14a Abs. 1 Unterabs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3309/85	
Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1627/86	
Artikel 2, 3 Abs. 2 Unterabs. 1, Abs. 3, 4, Artikel 4 Buchstabe a zweiter Anstrich, Artikel 5 Unterabs. 1, Artikel 6, 8 Abs. 1 Unterabs. 3, Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2707/86	
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1069/87	
Artikel 2, 9 Unterabs. 1, Artikel 13 Abs. 1, 3 Satz 1, Artikel 14 Abs. 1 Unterabs. 1, Abs. 2 Satz 1, Artikel 15, 16 Abs. 1, 2 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88	

**Anlage 4**  
(zu § 69a  
und den Anlagen 1 bis 3)

**Verzeichnis der Fundstellen der Verordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**

Verordnung (EWG) Nr. 1618/70 der Kommission vom 7. August 1970 mit Kontrollvorschriften für die Arbeiten zur Süßung der Tafelweine und Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete (ABl. EG Nr. L 175 S. 17).

Verordnung (EWG) Nr. 1698/70 der Kommission vom 25. August 1970 über bestimmte Ausnahmen bei der Herstellung von Qualitätsweinen bestimmter Anbaugebiete (ABl. EG Nr. L 190 S. 4), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 (ABl. EG Nr. L 106 S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2152/75 der Kommission vom 18. August 1975 über Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EWG) Nr. 2893/74 und 2894/74 betreffend Schaumwein (ABl. EG Nr. L 219 S. 7), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 986/89 vom 10. April 1989 (ABl. EG Nr. L 106 S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 1972/78 der Kommission vom 16. August 1978 zur Festsetzung der Durchführungsbestimmungen zu den önologischen Verfahren (ABl. EG Nr. L 226 S. 11), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 45/80 der Kommission vom 10. Januar 1980 (ABl. EG Nr. L 7 S. 12).

Verordnung (EWG) Nr. 351/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über den Zusatz von Alkohol zu Erzeugnissen des Weinsektors (ABl. EG Nr. L 54 S. 90), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1029/91 des Rates vom 22. April 1991 (ABl. EG Nr. L 106 S. 6).

Verordnung (EWG) Nr. 358/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über in der Gemeinschaft hergestellte Schaumweine von Nr. 13 des Anhangs II der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 (ABl. EG Nr. L 320 S. 9), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1328/90 des Rates vom 14. Mai 1990 (ABl. EG Nr. L 132 S. 24).

Verordnung (EWG) Nr. 2903/79 der Kommission vom 20. Dezember 1979 über die Herabstufung von Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete (ABl. EG Nr. L 326 S. 14), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 418/86 der Kommission vom 18. Februar 1986 (ABl. EG Nr. L 48 S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 2394/84 der Kommission vom 20. August 1984 zur Festlegung der Verwendungsbedingungen für Ionenaustauschharze und der Durchführungsbestimmungen für die Bereitung von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat (ABl. EG Nr. L 224 S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3309/85 des Rates vom 18. November 1985 zur Festlegung der Grundregeln für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure (ABl. EG Nr. L 320 S. 9), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 2045/89 des Rates vom 19. Juni 1989 (ABl. EG Nr. L 202 S. 12).

Verordnung (EWG) Nr. 1627/86 des Rates vom 6. Mai 1986 mit Regeln für die Bezeichnung der Spezialweine betreffend die Angabe des Alkoholgehalts (ABl. EG Nr. L 144 S. 4).

Verordnung (EWG) Nr. 2707/86 der Kommission vom 28. August 1986 über Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure (ABl. EG Nr. L 246 S. 71), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 596/89 der Kommission vom 8. März 1989 (ABl. EG Nr. L 65 S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. EG Nr. L 84 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1325/90 des Rates vom 14. Mai 1990 (ABl. EG Nr. L 132 S. 19).

Verordnung (EWG) Nr. 823/87 des Rates vom 16. März 1987 zur Festlegung besonderer Vorschriften für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete (ABl. EG Nr. L 84 S. 59), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 2043/89 des Rates vom 19. Juni 1989 (ABl. EG Nr. L 202 S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 1069/87 der Kommission vom 15. April 1987 mit Durchführungsbestimmungen für die Angabe des Alkoholgehaltes auf dem Etikett der Spezialweine (ABl. EG Nr. L 104 S. 14).

Verordnung (EWG) Nr. 4252/88 des Rates vom 21. Dezember 1988 über die Herstellung und Vermarktung von in der Gemeinschaft erzeugten Likörweinen (ABl. EG Nr. L 373 S. 59).

Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 über die Begleitpapiere für den Transport von Weinbauerzeugnissen und die im Weinsektor zu führenden Ein- und Ausgangsbücher (ABl. EG Nr. L 106 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 592/91 der Kommission vom 12. März 1991 (ABl. EG Nr. L 66 S. 13).

Verordnung (EWG) Nr. 2202/89 der Kommission vom 20. Juli 1989 zur Definition von Verschnitt, Weinbereitung, Abfüller und Abfüllung (ABl. EG Nr. L 209 S. 31).

Verordnung (EWG) Nr. 2240/89 der Kommission vom 25. Juli 1989 über die Meldung, Durchführung und Kontrolle der Anreicherung, Säuerung und Entsäuerung von Wein (ABl. EG Nr. L 215 S. 16).

Verordnung (EWG) Nr. 2391/89 des Rates vom 24. Juli 1989 zur Definition bestimmter aus Drittländern stammender Erzeugnisse des Weinsektors der KN-Code 2009 und 2204 (ABl. EG Nr. L 232 S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 2392/89 des Rates vom 24. Juli 1989 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und der Traubenmoste (ABl. EG Nr. L 232 S. 13), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 3886/89 des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. EG Nr. L 378 S. 12).

Verordnung (EWG) Nr. 3201/90 der Kommission vom 16. Oktober 1990 über Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und der Traubenmoste (ABl. EG Nr. L 309 S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3669/90 der Kommission vom 18. Dezember 1990 über eine 1991 in Spanien anwendbare Übergangsmaßnahme für Tafelweinerschnitt (ABl. EG Nr. L 356 S. 25).

---

**Zehnte Verordnung  
über die Anpassung der Zusatzrenten  
aus der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung  
(Zehnte Zusatzrentenanpassungs-Verordnung Saar – 10. ZAV)**

**Vom 29. Mai 1991**

Auf Grund des § 8 Abs. 1 des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Gesetzes vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2104), der durch Artikel II § 12 des Gesetzes vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Aus Anlaß des Anstiegs der allgemeinen Bemessungsgrundlage vom Jahr 1989 auf das Jahr 1991 werden die Zusatzrenten der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung zum 1. Juli 1991 nach den §§ 2 bis 4 dieser Verordnung angepaßt.

§ 2

Zusatzrenten, die nach den §§ 4 bis 7 des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Gesetzes berechnet sind, werden dadurch angepaßt, daß die Höhe der Rente mit der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1991 ermittelt wird.

§ 3

Zusatzrenten nach § 19 Abs. 2 des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Gesetzes werden dadurch angepaßt, daß der sich für den Monat Juli des Jahres 1991 ergebende Rentenbetrag um den auf zwei Dezimalstellen gerundeten Vomhundertsatz erhöht wird, um den die allgemeine Bemessungsgrundlage für das Jahr 1991 die allgemeine Bemessungsgrundlage für das Jahr 1989 übersteigt.

§ 4

(1) Ergibt allein die Anpassung der Zusatzrenten nicht einen höheren als den bisherigen Betrag, ist dieser weiterzuleisten.

(2) Bei Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung sind Abrundungen zulässig.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 29. Mai 1991

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
Norbert Blüm

---

**Fünfte Verordnung  
zur Änderung der Rind- und Schaffleisch-Erzeugerprämienverordnung**

**Vom 3. Juni 1991**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 4 Satz 1 sowie der §§ 15 und 16 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1986 (BGBl. I S. 1397) verordnet der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wirtschaft:

**Artikel 1**

Dem § 2 der Rind- und Schaffleisch-Erzeugerprämienverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1990 (BGBl. I S. 198), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 7. Januar 1991 (BGBl. I S. 59), wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Prämie für die Erhaltung des Mutterkuhbestandes nach § 1 Nr. 2 kann nur für mindestens drei Tiere beantragt werden.“

**Artikel 2**

Artikel 2 Abs. 2 der Vierten Verordnung zur Änderung der Rind- und Schaffleisch-Erzeugerprämienverordnung vom 7. Januar 1991 (BGBl. I S. 59) wird aufgehoben.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 3. Juni 1991

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
I. Kiechle

---

### **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 1991 – 1 BvR 1341/90 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

Das Gesetz vom 23. September 1990 zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Bundesgesetzbl. II Seite 885) ist insoweit mit Artikel 12 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 4 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig, als durch Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Absatz 2 Satz 2 und 5 sowie Absatz 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 (Bundesgesetzbl. II Seite 889 [1140]) die Kündigungsvorschriften des Mutterschutzrechts durchbrochen werden.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Absatz 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 10. Mai 1991

Der Bundesminister der Justiz  
Kinkel

---

### **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Februar 1991 – 2 BvL 24/84 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 2 Absatz 1 und 2, § 28 Absatz 1, 3 und 4 des Landesgesetzes zur Reform des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz (Krankenhausreformgesetz – KRG –) vom 29. Juni 1973, GVBl. S. 199, sowie § 21 a des Landesgesetzes über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz (Finanzausgleichsgesetz – FAG –) vom 6. Juli 1972 in der Fassung des § 33 Nr. 2 KRG waren mit dem Grundgesetz vereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 27. Mai 1991

Der Bundesminister der Justiz  
Kinkel

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1  
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,56 DM (2,56 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,56 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

## **Berichtigung der Ausländerdatenübermittlungsverordnung**

**Vom 23. Mai 1991**

In der Ausländerdatenübermittlungsverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2997) ist § 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe g wie folgt zu berichtigen:

„g) Paß, Paßersatz oder Ausweisersatz, Angabe der ausstellenden Behörde und Gültigkeitsdauer,“.

Bonn, den 23. Mai 1991

Der Bundesminister des Innern  
Im Auftrag  
Albrecht